WOHNBEIHILFE
Ansuchen

nach dem Tiroler Wohnbauförderungsgesetz 1991

❑ 1. Ansuchen ❑ Folgeansuchen

Eingangsstempel

Förderungswerber / Antragsteller (Empfänger der Beihilfe)

Familien- oder Nachname: ..... Vorname: .....

Wohnadresse
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Top-Nr.): .....

Geburtsdatum: ..... Telefonnummer: ..... E-Mail Adresse: .....

derzeit ausgeübter Beruf: ..... ❑ selbstständig ❑ nicht selbstständig

Personenstand: ❑ ledig ❑ verheiratet ❑ in eingetragener Partnerschaft lebend ❑ geschieden ❑ verwitwet

Staatsbürgerschaft: ❑ Österreich ❑ sonstige (Angabe des Staates): .....

Das geförderte Wohnobjekt wird von folgenden, weiteren Personen bewohnt

❑ Ehegatte(in) ❑ Lebensgefährte(in) ❑ eingetragene(r) Partner(in)

Familien- oder Nachname: ..... Vorname: .....

Geburtsdatum: ..... Telefonnummer: ..... E-Mail Adresse: .....

derzeit ausgeübter Beruf: ..... ❑ selbstständig ❑ nicht selbstständig

Personenstand: ❑ ledig ❑ verheiratet ❑ in eingetragener Partnerschaft lebend ❑ geschieden ❑ verwitwet

Staatsbürgerschaft: ❑ Österreich ❑ sonstige (Angabe des Staates): .....

Weitere Personen

Familien- oder Nachname und Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschafts-verhältnis zum Förderungswerber	ausgeübter Beruf	Bezug einer Familienbeihilfe*
.....	.....	.....	.....	❑ ja ❑ nein
.....	.....	.....	.....	❑ ja ❑ nein
.....	.....	.....	.....	❑ ja ❑ nein
.....	.....	.....	.....	❑ ja ❑ nein
.....	.....	.....	.....	❑ ja ❑ nein
.....	.....	.....	.....	❑ ja ❑ nein

*durch den (die) Förderungswerber(in) oder den (die) Ehegatten(in) / Lebensgefährten(in) / eingetragene(n) Partner(in)

Behinderung

Der (Die) Förderungswerber(in) oder ein Familienmitglied ist (körper)behindert.

Familien- oder Nachname und Vorname: .....

Grad der Behinderung in %: ..... (Die Kopie des Behindertenausweises ist beizulegen.)

Angaben zur Wohnung

Bauträger: ..... Bezugsdatum der Wohnung: .....

Art des Wohnobjektes: ❑ Reihenhaus ❑ Eigentumswohnung ❑ Mietwohnung Nutzfläche: ..... m²

Erklärungen

- Ich verpflichte mich, die wohnbaugeförderte Wohnung (das Reihenhaus) für die Dauer der Gewährung der Beihilfe regelmäßig zur Befriedigung meines Wohnbedürfnisses zu verwenden und nicht ohne Zustimmung des Landes durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden in das Eigentum einer anderen Person zu übertragen.
- Ich erkläre mich einverstanden, dass die Beihilfe im Falle eines Rückstandes mit mindestens drei monatlichen Raten, die zu Abstattung des Wohnbauförderungs- oder eines sonstigen zur Finanzierung des Bauvorhabens (der Wohnung) aufgenommenen Kapitalmarktkredits (Bausparkredit, Bankkredit) an den Bauträger (die verwaltende Bauvereinigung) zu leisten sind, direkt auf das Konto des Bauträgers (der verwaltenden Bauvereinigung) überwiesen werden kann.
- Ich nehme zur Kenntnis, dass für dieses Ansuchen die entsprechenden Bestimmungen des TWFG 1991 gelten und eine zu Unrecht empfangene Beihilfe zurückzuzahlen ist.
- Ich erkläre das Ansuchen und die sonstigen Einreichunterlagen wahrheitsgetreu ausgefüllt zu haben. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Land sich eine Kontrolle meiner Angaben und Erklärungen vorbehält und **nicht wahrheitsgetreue Angaben strafrechtlich geahndet** werden.
- Ich verpflichte mich, dem Land **jeden Umstand**, der zu einer **Verringerung der Höhe der Beihilfe** oder zu deren **Einstellung** führen kann, **innerhalb eines Monats** von dem Zeitpunkt an, in dem ich von diesem Umstand Kenntnis erlangt habe, unter Beibringung der entsprechenden Unterlagen **zu melden** (Einkommen, Familiengröße, usw.).

Überweisungsauftrag

Ich ersuche um Überweisung der Förderung(en) auf folgendes Konto

IBAN: ____ ____ ____ ____ ____ BIC: ____ ____ ____ ____ ____ ____ ____ ____ ____ ____

Unterfertigung durch den Beihilfenempfänger

....., am ....

Unterschrift

Erforderliche Einreichunterlagen (bitte nur Kopien vorlegen)

Einkommensnachweise (vom Antragsteller und aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen)

- Jahreslohnzettel des vorangegangenen Kalenderjahres
- Einkommenssteuerbescheid des letzten veranlagten Kalenderjahres
- Bestätigung über Kinderbetreuungsgeld (Karenzgeld), geringfügige Beschäftigung, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Grundsicherung, Mitversicherung udgl.
- Bestätigung über Unterhalts-/ Allimentationszahlungen (z.B. Kontoauszug)

Rückzahlungsnachweise (**aktuelle** Belege)

- Wohnbauförderungskredit, Eigenmittelersatzdarlehen
- Bankkredit
- aktuelle Zinssatzbestätigung bei Bankkrediten
- aufgeschlüsselte (Miet-)Vorschreibung vom Bauträger bzw. von der Hausverwaltung (Formblatt F8)

Zusätzliche Einreichunterlagen (werden nur beim **ersten Ansuchen** benötigt)

- Schuld- und Pfandbestellungsurkunden aller Bankkredite

Referat IIIa
Tel.-Nr.: 05262/6961-1301
Fax-Nr.: 05262/6961-1399
E-Mail: beate.walser@telfs.gv.at
http://www.telfs.gv.at
UID-Nr.: ATU 37819508

Eidesstattliche Erklärung

Eidesstattliche Erklärung

Für das Ansuchen auf Wohnbeihilfe von:

Nachname:	**Vorname:** .....
Adresse:	**Plz. / Ort:** .....

Ich erkläre an Eides statt, dass außer dem(r) Antragsteller(in) keine / folgende *) Person(en) in meinem Haushalt leben.

Name	Geburtsdatum
*	
*	
*	
*	
*	

Ich erkläre, diese eidesstattliche Erklärung wahrheitsgemäß ausgefüllt zu haben und verpflichte mich, zu Unrecht empfangene Wohnbeihilfe sofort zurückzubezahlen.

Die auf der zweiten Seite der eidesstattlichen Erklärung angeführten §§ 146 und 288 StGB habe ich zur Kenntnis genommen.

Telfs, am _____ Unterschrift: _____

§ 146 StGB: Betrug:

Wer mit dem Vorsatz, durch das Verhalten des Getäuschten sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern, jemanden durch Täuschung über Tatsachen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung verleitet, die diesen oder einen anderen am Vermögen schädigt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

§ 288 StGB: Falsche Beweisaussage vor Gericht

(1) Wer vor Gericht als Zeuge oder, soweit er nicht zugleich Partei ist, als Auskunftsperson bei seiner förmlichen Vernehmung zur Sache falsch aussagt oder als Sachverständiger einen falschen Befund oder ein falsches Gutachten erstattet, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

(2) Wer vor Gericht eine falsche Beweisaussage (Abs. 1) unter Eid ablegt oder mit einem Eid bekräftigt oder sonst einen in den Gesetzen vorgesehenen Eid vor Gericht falsch schwört, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Einem Eid steht die Berufung auf einen früher abgelegten Eid und bei Personen, die von der Pflicht zur Eidesleistung befreit sind, die anstelle des Eides vorgesehene Beteuerung gleich.

(3) Nach den Abs. 1 und 2 ist auch zu bestrafen, wer eine dort genannten Handlungen im Verfahren vor einem nach Art. 53 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 929 eingesetzten Ausschuss oder einer Disziplinarbehörde des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde begeht.